

Bremen, 20. April 2017

**Protokoll der Sitzung des Kleinen Beirates
des Landesteilhabebeirats am 22. März 2017**

Dauer: 15:00 - 17:30 Uhr

Ort: Börsenhof A, Bremen Sitzungsraum 301 B/ C

TOP 1 Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen beschlossen.

Anmerkung des Vorsitzenden bzgl. des Ausscheidens von Henry Spradau vom Sozialverband Deutschland. Henry Spradau hat bislang den Landesteilhabebeirat bei der Bremer Vereinbarung zur Beschäftigtenförderung vertreten. In der Sitzung am 11. Mai.2017 wird über den oder die Nachfolger/ Nachfolgerin abgestimmt. Kandidatinnen- und Kandidatenvorschläge für die Nachfolge sind bis zum 30. April 2017 der Geschäftsstelle des Landesteilhabebeirats mitzuteilen.

TOP 2 Genehmigungen des Protokolls der 09. Sitzung vom 02.02.2017

Das Protokoll der neunten Sitzung vom 02. Februar 2017 wird ohne Änderungen genehmigt

TOP 3 Vorbereitung des Themas „Ausschluss vom Wahlrecht“ für die Sitzung des gesamten Beirats am 11. Mai 2017

- a) Der Vorsitzende gibt einen kurzen Input zum Thema „Ausschluss vom Wahlrecht“ und wie der Stand in Bremen ist.
- b) Es folgt ein Vortrag von Dirk Mitzloff, aus dem Büro des Landesbehindertenbeauftragten Schleswig-Holsteins. Mitzloff erläutert, wie die Diskussion zum Wahlrechtsausschluss in Schleswig-Holstein verlaufen ist. Zudem schildert er, wie es dazu kam, dass der Ausschluss vom Wahlrecht abgeschafft wurde. Ferner erhalten alle Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein die Wahlbenachrichtigung, Unterlagen zur Briefwahl sowie Wahlzettel für die kommende Landtagswahl in Leichter Sprache. (Der verlesene Zeitungsartikel aus den Lübecker Nachrichten „Stimmzettel mit Parteilogos“ befindet sich zum Nachlesen im Anhang.) Es folgt eine kurze Diskussion darüber, wie behinderte Menschen wählen, die Ihre Kreuze nicht selber setzen können. Die Fragestellung ist, ob hierbei Missbrauch oder Beeinflussung von den Assistentinnen und Assistenten oder anderen Begleitungen dieser Menschen ausgeübt werden kann. Der Vorsitzende schlägt abschließend vor, für die nächste Sitzung am 11. Mai 2017 ein Schriftstück an den Wahlrechtsausschuss der Bremischen Bürgerschaft aufzusetzen, in welchem gefordert wird, dass der Ausschluss vom Wahlrecht auch in Bremen gestrichen wird. Dieser Vorschlag wurde einstimmig angenommen.

TOP 4 Vorbereitung des Handlungsfeldes „Gesundheit“ für die Sitzung des Gesamten Beirats am 11. Mai 2017

- a) Menschen mit geistiger Behinderung und psychischer Erkrankung (Vortrag Herr Schwarzmann und Herr Knies)

Die beiden Herren erläutern zunächst, dass für Menschen mit geistiger Behinderung und psychischen Erkrankungen keine geeigneten Therapieangebote bestehen, obwohl die Problematik um diese Situation seit langem bekannt ist. Im Prozess der Erarbeitung des Landesaktionsplans wurde das Thema „Doppeldiagnose“ auch bereits aufgegriffen. Derzeit richtet sich das vorhandene Hilfesystem rein an psychisch kranke Menschen. Schwarzmann und Knies fordern eindringlich mehr Beachtung für das Thema und dass das zuständige Ressort in absehbarer Zeit Handlungsschritte

vorlegt, welche die Versorgungslücke für den betroffenen Personenkreis auf Dauer schließt.

Der Vorsitzende ergänzt den Vortrag durch die Erläuterung eines Strategiepapiers der Gesundheit Nord und berichtet, dass in diesem Konzept keinerlei Berücksichtigung für die Doppeldiagnose „geistige Behinderung und psychische Erkrankung“ vorgesehen wurde. Das heißt, Therapieangebote sind nicht vorhanden.

Des Weiteren wird von der Arbeitsgruppe „Transition“ berichtet. Dieses soll die Gründung eines Medizinischen Zentrums für Erwachsene mit geistiger oder mehrfacher Behinderung (MZEB) begleiten. Gesetzlich ist der Aufbau in Paragraph 119 c SGB V vorgesehen. Die Gründung des MZEB's in Bremen soll vorangetrieben werden, der Prozess dieser Einrichtungen befindet sich derzeit im Stocken. Der Vorsitzende schlägt vor, dass das Büro des Landesbehindertenbeauftragten diese Thematik weiterbearbeitet und in das Gemeinsame Landesgremium nach § 90a SGB V via Beschlussvorschlag einbringt. Zudem wird angedacht in der kommenden Gesamten Beiratssitzung am 11. Mai ein Schriftstück zu verabschieden, welches sich an die Senatorin für Gesundheit wendet und einerseits die derzeitige Versorgungslage für Menschen mit Doppeldiagnose aufzeigt und andererseits konkrete Handlungsschritte fordert. Der Vorschlag des Vorsitzenden wird von den stimmberechtigten Mitgliedern begrüßt.

Das Netzwerk Selbsthilfe macht darauf aufmerksam, dass für geistig behinderte Menschen mit einer Suchterkrankung keine entsprechenden Beratungs- und Therapieangebote in Bremen zur Verfügung stehen.

Das bestehende Angebot für Suchtkranke Menschen richtet sich nicht an Menschen mit dieser Doppeldiagnose.

Ein entsprechendes Angebot einzurichten halten sie für zwingend erforderlich und machen sich gemeinsam mit dem Gesundheitsamt auf den Weg dies zu ermöglichen. Gemeinsam mit dem Gesundheitsamt Bremen bietet das Netzwerk Selbsthilfe Selbsthilfegruppen zum Thema Alkohol für Menschen mit geistiger Behinderung an.

b) Situation im Klinikum Bremen Ost und die Rolle der Besuchskommission (Vortrag Kai J. Steuck)

Herr Steuck stellt die Situation im Klinikum Bremen Ost rückblickend von der Auflösung Klinik Kloster Blankenburg bis zu den aktuellen Missständen dar. Ein Schwerpunkt

seiner Ausführungen beinhaltet die Besuchskommission (PsychKG). Näheres siehe Anlage. Die stimmberechtigten Mitglieder sowie ständigen Gäste sprechen sich dafür aus, dass das Gremium die Weiterentwicklung der Psychiatrie in Bremen weiter engmaschig verfolgt.

c) Aufnahme von niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten im Stadtführer Barrierefreies Bremen - Frau Berning protze+theiling

Frau Berning gibt zunächst eine kurze Einführung in das Stadtführer-Projekt. Sie erklärt, dass dies eine Onlinedatenbank ist, die barrierefreie öffentliche Gebäude verzeichnet. Dazu gehört nicht nur die bauliche Barrierefreiheit sondern auch einige andere Aspekte der Barrierefreiheit. Um in diese Onlinedatenbank eingepflegt zu werden, benötigt es viel Recherche. Ausgebildete Erheberinnen und Erheber prüfen vorweg, welche niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte für den Stadtführer Barrierefreies Bremen in Frage kommen könnten, stellen dann telefonischen Kontakt her und nehmen anschließend - sofern sich die Praxis dazu bereiterklärt hat - die benötigten Daten vor Ort auf. Frau Berning berichtet, dass dieser Vorgang schwierig ist, da man die Ärztinnen und Ärzte persönlich nur schwer zu sprechen bekommt. Aktuell befinden sich 40 Arztpraxen der unterschiedlichsten Branche auf der Plattform. Es werden stetig neue Wege gesucht, um den Kontakt herzustellen. Zum Beispiel über den Newsletter der Kassenärztlichen Vereinigung. Auch wurden bereits Briefe verschickt in Kooperation mit dem Landesbehindertenbeauftragten. Darauf meldeten sich 4 Ärztinnen und Ärzte.

Frau Berning schätzt, dass viele Arztpraxen keine Negativbewertung aufgrund von baulicher Mängel riskieren wollen. Zudem ist es für viele Ärztinnen und Ärzte nicht möglich eine Rückmeldung zu geben, da die meisten unter erheblichen Zeitmangel leiden.

Über den Massenverteiler des Landesbehindertenbeauftragten wird eine erneute Abfrage erfolgen. Dabei sollen Nutzerinnen und Nutzer barrierefreie Praxen melden. Das Erhebungsteam nimmt anschließend Kontakt zu den Ärztinnen und Ärzten auf. Ferner erklärt sich Arne Frankenstein von SelbstBestimmt Leben bereit, einen Brief an die Kassenärztliche Vereinigung zu entwerfen, in dem diese unter anderem erneut zur Bewerbung des Stadtführers Barrierefreies Bremen aufgefordert wird. Der Brief soll auf der Sitzung am 11. Mai 2017 verabschiedet werden.

TOP 5 Informationsaustausch

Herr Steinbrück: Novellierung LBO, Rollstuhlwohnungsquote (hierzu kommt am 11. Mai 2017 Herr Melzer von SUBV), AG Leitfaden Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden.

Herr Steuck: Leichte Sprache

Herr Baumann: Vorbereitung Exkursion zum Thema Euthanasie am 31.08.2017 in Lüneburg, Touchdown, Kultur Ambulanz, Ortsbesuche

Herr Benthien: Absenkung Bordsteine

Herr Stegmann: Beschluss Behindertenparlament, Beschluss Behindertengleichstellungsgesetz

Herr Lange: Vertrauensperson

Herr Winkelmeier: Verbandsklage Forum Am Wall, Bundesteilhabegesetz, Bremisches Behindertengleichstellungsgesetz, Ortsbesuche

Frau Schöning: Gründung Seniorenberatungsstelle mit Dolmetschern

Herr Peter: Inklusion in Schulen

Herr Priesmeier: Unabhängige Teilhabeberatung im Juni, Bundesteilhabegesetz Umsetzungspunkte Termin 2017/ 2018

Frau Gerlach: Tourismus in BHV, bauliche Veränderungen deutsches Schiffahrtsmuseum

Herr Arfmann: Psychiatrie und Justiz

Herr Müller: Deutsches Schifffahrtsmuseum, Kultur, Behindertensportfest,
Besetzung Lotsenstelle

Herr Reppich: Bundesteilhabegesetz

Anmerkung: Frau Frauenkron von Arx teilte per E-Mail folgende Schwerpunkte des
Blinden- und Sehbehindertenverbands mit:
Landespflegegeld wegen Blindheit, Pflegestärkungsgesetz